

Politischer Bilanzbetrug

Fortsetzung von Seite 1

Die Landesregierung in Düsseldorf ist neu, das Problem ist alt: Die WestLB verhandelt mal wieder alle Haushaltsplanungen. Doch damit soll im nächsten Jahr Schluss sein, sagt Ministerpräsidentin Kraft. Sie will noch in diesem Jahr „finanzielle Vorsorge treffen“ - mit Blick auf die Bad Bank der WestLB, in die das Institut Schrottpapiere im Volumen von 85 Milliarden Euro ausgelagert hat. Dafür nimmt die Regierungsschneiderei, deren Haushalt nur 50 Milliarden Euro schwer ist, sogar einen verfassungswidrigen Haushalt in Kauf - einen also, in dem die Schulden die Investitionen übersteigen.

Rüttgers wollte sich zu dem Vorwurf des „politischen Bilanzbetrugs“ gestern nicht äußern. Auch die WestLB lehnte einen Kommentar zu dem finanziellen Mehraufwand für die Landesregierung ab.

Fakt ist: Die WestLB hat jahrelang eine falsche Geschäftspolitik betrieben. Sie hat - den endgültigen Wegfall der staatlichen Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 vor Augen - versucht, möglichst hohe Profite außerhalb des klassischen Geschäfts zu machen. Die Jagd nach Rendite endete in einem Milliardenesaster.

Trotz all der Probleme muss der heutige WestLB-Chef Dietrich Voigtländer, der nur 500 Meter entfernt von der Staatskanzlei residiert, nicht befürchten, wie einige seiner Vorgänger zum Krisenrapport in die Staatskanzlei einbestellt zu werden. Er hat den Schrott, für den die Landesregierung jetzt mehr Geld als geplant zurückstellen muss, bereits in die Bad Bank transferiert. Die Schrottpapiere sind damit nur noch bedingt sein Problem.

Voigtländer, 52 Jahre alt, ehemals zweiter Mann in der Bank, ist der sechste Chef in nur acht Jahren. Er wusste, als er 2009 eher unfreiwillig seinen Vorgänger Heinz Hilgert in einer Hauruck-Aktion ablösen musste, dass er einen Schleudersitz übernimmt. Schon damals gab es die einst mächtige Düsseldorfer Landesbank nur noch dank der milliardenschweren Garantien und Kapitalspritzen des Landes NRW, der Sparkassenverbände und des Bundes. Weil die EU-Kommission solche Hilfen genehmigen muss, hatte schon die erste Dienstreise von Voigtländers Vorgänger Hilgert nach Brüssel geführt. Dort sagte die damalige Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes der WestLB-Delegation gleich zum Auftakt klipp und klar: „Gentlemen, the WestLB-saga must come to an end.“ Das hieß: Sie würde die Staatshilfen nur genehmigen, wenn sich die WestLB selber zerlegt. Voigtländer hat deswegen die Gewissheit von seinem Vorgänger übernommen: Die WestLB in ihrer ursprünglichen Form ist Geschichte.

Seit Juni dieses Jahres versucht nun der frühere CDU-Spitzenpolitiker Friedrich Merz im Auftrag des Bankenrettungsfonds des Bundes (Soffin), jene Anteile der WestLB zu veräußern, die noch beim Bund, Land und bei den Kommunen liegen. Die Privatisierung hat die EU-Kommission bis Ende 2011 zwingend vorgeschrieben. Merz' Anwaltskanzlei Mayer Brown hatte nach Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise bereits „giftige“ Papiere der WestLB gemangelt. Inzwischen erwarten Finanzkreise, dass der Verkauf der Bank Ende September beginnen könnte.

Ein Verkauf - sollte er wirklich gelingen - wäre dann der Schlussstrich unter eine Ära, in der die Düsseldorfer Landesbank sogar zeitweilig zur wichtigsten Bank in Deutschland aufgestiegen war. 1969 hängte sie mit ihrer Bilanz-

summe die Deutsche Bank ab. Doch später haben Manager und Eigentümer in einer beispiellosen Serie von Pannen und Peinlichkeiten ihre Bank so zugrunde gerichtet, dass sie als Paradebeispiel dafür dient, wie schädlich es ist, wenn ein Bundesland und eine Bank eine zu enge Allianz eingehen.

1969 hatten sich die Landesbank Westfalen in Münster und die Rheinische Girozentrale in Düsseldorf zur Westdeutschen Landesbank zusammengeschlossen. Architekt der Fusion war Ludwig Poullain. Der erste WestLB-Chef führte seine neue Bank in eine neue Zeit. Die Landesbank eröffnete Büros in Tokio, New York. Sie stieg ins Kreditgeschäft ein und erwarb Beteiligungen an Konzernen wie Gildemeister, Holzmann und Preussag. Poullain ließ sich von einer Vision leiten: Die Landesbanken sollten endlich raus aus der staatlichen Fürsorge und Kontrolle und „richtige Banken“ werden, die den Privatbanken à la Dresdner oder Deutscher Paroli bieten. Poullain konnte sein Werk allerdings nicht beenden. 1977 trat er zurück - auch weil er für private Beratungen eine Million Mark genommen hatte.

Nun wurde die WestLB zum Instrument der Landespolitik. 20 Jahre lang führte der bullige Friedel Neuber die Bank, stets in enger Abstimmung - viele sagen auch in Kumpanei - mit den jeweiligen SPD-Ministerpräsidenten und natürlich vor allem mit seinem Skatbruder Johannes Rau. Neubers WestLB betrieb Industriepolitik, verheiratete RWE mit VEW, Hoesch mit Krupp, Horten mit Metro - und über die Preussag-Beteiligung bereitete er die Gründung des Reisekonzerns Tui vor. Immer wieder aber geriet Neuber auch in die Negativschlagzeilen: Untreue, Ver-

schwendung, Steuerhinterziehung lauteten die Vorwürfe. Nachgewiesen wurde Neuber nie etwas. Als Neuber 2001 abtrat, war die WestLB, die er gerne von seinem Schloss in Krickbeck an der holländischen Grenze führte, fast mehr Staat als Bank.

Nun begannen die Wildwestjahre. Die EU machte Druck, die Landesbanken sollten ihre Privilegien aufgeben. Die WestLB-Banker schwärmten wieder aus - bis in die riskanten Winkel des Kapitalmarkts. Sie wollten mit Optionsgeschäften auf VW-Aktien ein großes Rad drehen und verzockten Hunderte Millionen Euro. Die Bank finanzierte TV-Geräte-Vermieterfirmen in Großbritannien und verbrannte dabei fast eine Milliarde Euro. Sie finanzierte Londons Wembley-Stadion, Erdöl-Pipelines in Ecuador und britische Pubs. Und sie steckte Millionen in die US-Skandalkonzerne Enron und Worldcom.

Die Folgen: Abschreibungen, Milliardenverluste, Stellenabbau. Gerichtsprozesse der Bank gegen ihre Manager. Ein WestLB-Chef folgte dem nächsten. Sogar Thomas Fischer, früherer Kronprinz bei der Deutschen Bank, versuchte sich - und stolperte nach drei Jahren über den nächsten Investmentskandal.

All das zählt zu der Geschichte, die Voigtländer an der Spitze der Bank und Hannelore Kraft an der Spitze der Landesregierung geerbt haben. Jetzt drängt vor allem auch die Bundesregierung, durch Fusionen einen Schlussstrich unter das leidige Thema Landesbanken zu ziehen. Vielleicht gelingt es der WestLB wenigstens hier, einmal Vorbild zu sein. Die Düsseldorfer gelten bei der Landesbanken-Konsolidierung als „Türöffner“. Andere Patienten könnten schon bald die Hand heben. Die HSH Nordbank, die LBBW in Stuttgart, die NordLB in Hannover und auch die BayernLB - sie alle siechen dahin.

M. Brackmann, Daniel Delhaes, J. Münchrath, Oliver Stock



Uta Wagner für Handelsblatt (2), Julia Strateschulte/epa

Handelsblatt: Frau Kraft, sind Sie nur eine halbe Ministerpräsidentin?
Hannelore Kraft: Wie kommen Sie darauf?

Handelsblatt: SPD und Grünen fehlt eine Stimme zur Mehrheit im Landtag. Wie stabil ist Ihre Minderheitsregierung?
Kraft: Es stimmt, wir müssen uns für jede Entscheidung eine neue Mehrheit suchen. Das ist eine Herausforderung für Regierung und Opposition. Aber ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen kann. Wir haben in Deutschland zwar keine große Übung mit Minderheitsregierungen, aber in anderen Ländern wie zum Beispiel in Kanada oder in den skandinavischen Ländern ist das an der Tagesordnung und funktioniert auch sehr gut.

Handelsblatt: Sie haben mit einem Kassensturz begonnen. Wie tief ist das Loch?
Kraft: Das Loch ist leider sehr tief. Wir hatten für 2010 eigentlich mit einer Neuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro gerechnet, aber jetzt müssen wir von rund neun Milliarden Euro ausgehen.

Handelsblatt: Packen Sie Ihre Wahlschenke in die Schlussbilanz?
Kraft: Eben nicht, das wird sauber getrennt. Was wir politisch gestalten wollen, kommt in den Haushalt 2011. Für 2010 stellen wir jetzt lediglich eine saubere Schlussbilanz auf. Dabei finde ich durchaus Ansätze von politischem Abschlussbilanzbetrug. Es gibt Finanzlücken im Bildungsbereich, bei fehlenden Lehrern und eine Unterfinanzierung beim Kita-Ausbau und nicht eingehaltene Zahlungsverpflichtungen an die Kommunen, für die keinerlei Mittel eingestellt wurden. Der größte Batzen bei den fälligen Mehrausgaben entfällt aber auf notwendige Rückstellungen für die WestLB.

HB: Können Sie das konkretisieren?
Kraft: Wir müssen die Vorsorge für die WestLB dringend und massiv aufstocken, auch wenn das dazu führt, dass der Haushalt die Verfassungsgrenze noch stärker überschreitet als bei der Vorgängerregierung. Aber da bin ich jetzt eindeutig für Klarheit im

HANELLORE KRAFT

„Das ist eine giftige Hinterlassenschaft“

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verteidigt die Rekordverschuldung des Landes. Der Vorgängerregierung wirft sie Bilanztricks vor. Das Gespräch führten Daniel Delhaes, Daniel Goffart und Gabor Steingart.

kaufmännischen Sinne. Jürgen Rüttgers hat es versäumt, das Problem der Landesbanken anzugehen, als noch eine Lösung möglich war.

Handelsblatt: Was meinen Sie damit?
Kraft: Es gab ein Zeitfenster, die Landesbanken in Deutschland zu fusionieren. Ganz konkret ging es ja schon einmal um eine Verbindung mit der Landesbank Baden-Württemberg, aber diese Chance ist aus regionalpolitischem Eigensinn vergeben worden. Leider sind die Voraussetzungen, bundesweit noch einmal eine Lösung für die Landesbanken zu finden, schlechter denn je.

Handelsblatt: Ist bei der WestLB denn ein Ende des Schreckens in Sicht?



Handelsblatt-Redakteure Gabor Steingart (links) und Daniel Goffart in der Düsseldorfer Staatskanzlei im Interview mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Kraft: In die Bad Bank der WestLB sind faule Papiere für 85 Milliarden Euro ausgelagert worden. Der Landshaushalt beträgt rund 55 Milliarden. Alleine an diesen Zahlen können Sie die Dimension des Problems für das Land und dem Steuerzahler erkennen. Das ist leider eine ziemlich giftige Hinterlassenschaft.

Handelsblatt: Und dann erwarten die Menschen, dass Sie sparen ...
Kraft: Das auch, ja. Unser Ziel ist, die Neuverschuldung 2011 auf jeden Fall abzusenken.

Handelsblatt: Wie weit senken Sie sie?
Kraft: Wir sind da noch in der Planung. Außerdem wissen wir noch nicht, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln. Deshalb wäre es jetzt unseriös, so etwas vorherzusagen.

Handelsblatt: Aber wo sparen Sie?
Kraft: Wir werden sparen, indem wir eine andere Konsolidierungspolitik betreiben als die Vorgängerregierung. Im sozialen Bereich einfach den Rotstift anzusetzen halte ich für falsch und kurzfristig. Denn es zeigt sich, dass die sozialen Folgekosten dieser Kürzungspolitik exponentiell ansteigen. Deshalb müssen wir zu einer vorsorgenden Sozialpolitik kommen, die auf frühe Vorbeugung und Vorsorge setzt. Nur so können wir mittelfristig die Ausgaben im Sozialbereich senken.

Handelsblatt: Was heißt das bitte?
Kraft: Unser Leitsatz heißt: Wir lassen kein Kind mehr zurück. Wenn wir es schaffen, die Eltern früher zu begleiten und zu unterstützen, und so verhindern, dass Kinder abruttschen, können wir die ansonsten anfallenden sozialen Reparaturkosten enorm reduzieren. Deshalb müssen wir den Kommunen finanziell auf die Beine helfen. Denn vielen Kommunen fehlt für diese freiwilligen Leistungen schlichtweg das Geld. Außerdem müssen wir die Kitas, die Schulen und die Hochschulen verbessern. Denn wir brauchen mehr junge Menschen, die bessere Abschlüsse machen.

Handelsblatt: Das heißt, Sie sparen nicht.
Kraft: Wir versuchen zu sparen, indem wir die Effizienz steigern. Das wollen wir mit den Mitarbeitern erreichen, nicht gegen sie, wie

es unsere Vorgängerregierung unter Rüttgers versucht hat.

Handelsblatt: Also kein Personalabbau?
Kraft: Wir sagen nicht, dass wir Tausende von Stellen streichen. Die Personalkosten machen rund die Hälfte des Etats aus. Doch das sind vor allem Lehrer, Polizisten, Hochschulbeschäftigte und Justizbeamte. Da will keiner den Rotstift ansetzen. Aber klar ist auch: Die Effizienzreserven, die es gibt, werden wir heben. Aber das ist auch nicht der Weg, auf dem man entscheidend vorankommt.

Handelsblatt: Es gibt da ein Problem: Eine Wahlperiode dauert maximal fünf Jahre.
Kraft: Politik ist zu stark in den gleichen Dukus verfallen wie viele Unternehmen: Beide denken zu oft kurzfristig. Politik muss aber mittel- und langfristig denken. Auch wenn das in einer Wahlperiode schwierig erscheint.

Handelsblatt: Ein langfristiges Ziel der Politik ist die Schuldenbremse. Wollen Sie die Voraussetzungen schaffen, damit Nordrhein-Westfalen ab 2019 keine neuen Schulden mehr aufnehmen muss?
Kraft: Ja, natürlich.

Handelsblatt: Und wenn Ihre Idee der mittelfristigen Konsolidierung nicht aufgeht?
Kraft: Es wird klappen. Die Stadt Dormagen etwa setzt so ein Konzept um und kümmert sich vorbildlich und frühzeitig um Eltern und Kinder. So konnte die Stadt innerhalb weniger Jahre Millionen einsparen.

Handelsblatt: Denken Sie an Zusatzeinnahmen?
Kraft: Das wäre schön, wenn die Länder Steuern erheben könnten! Aber verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin sehr dafür, dass wir die Schulden senken. Und natürlich möchte ich die Schuldenbremse einhalten. Das ist mein Ziel, gar keine Frage. Die Frage ist doch, wie wir dort realistisch hingelangen.

Handelsblatt: Sie könnten Tafelsilber verschern. Haben Sie da etwas gefunden?
Kraft: Da gibt es nicht mehr viel. Uns wäre schon sehr geholfen, wenn der Bund seiner Verantwortung für die Kommunen gerecht würde und einen deutlich höheren Anteil an den Unterbringungskosten für Langzeitarbeitslose und Eingliederungshilfen für Behinderte übernehmen würde.

Handelsblatt: Sind Sie sicher, dass Ihre Minderheitsregierung für den Haushalt eine Mehrheit bekommen wird?
Kraft: Ich mache mir da keine Sorgen.

Handelsblatt: Die FDP zeigt Kompromissbereitschaft. Ist das ein Signal, doch noch einmal über eine Ampelkoalition in Düsseldorf zu reden?
Kraft: Warten wir ab. Ich sehe mit großem Interesse, dass von der FDP oder der CDU in einzelnen Fragen jetzt konstruktivere Vorschläge kommen. Das hat sich zum Beispiel bei der Kohle deutlich gezeigt. Offenbar hat man eingesehen, dass eine Fundamentallösung keinem weiterhilft und dem Land NRW schadet.

Handelsblatt: Das bedeutet, es ist nie zu spät für einen weiteren Koalitionspartner?
Kraft: Die CDU steht erst am Anfang eines personellen und vor allem inhaltlichen Klärungsprozesses. Wenn sich bei der FDP jetzt etwas bewegt, muss das aus der Mitte der Partei kommen und nicht nur von Einzelnen. Ich sehe das Entgegenkommen der FDP schon als Angebot, aber eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Grundsätzlich muss man in einer Minderheitsregierung immer offen sein und ganz pragmatisch vorgehen. Die Dinge sind in Bewegung geraten, und ich finde das sehr spannend.

